

**1. Trotz des Staatsziels Tierschutz und einem umfangreichen Tierschutzrecht schützt unser Rechtsstaat die Tiere nicht zuverlässig. Sowohl bei Gesetzgebung und Kontrolle als auch in der Strafverfolgung gibt es eklatante Defizite. Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um diese Missstände abzustellen?**

Vieles kann auf Landesebene nicht entschieden werden, weil es der Bundesgesetzgebung unterliegt. Es gilt zu prüfen, ob die Landesregierung die Möglichkeit hat, Standards für die Tierhaltung zu setzen, die natürlich auch kontrolliert werden müssen. Auch für die bestehenden Auflagen gilt, dass die Veterinärämter mehr Personal brauchen und häufigere Kontrollen in landwirtschaftlichen Betrieben sowie sonstigen Betrieben, die mit Tieren arbeiten wie Schlachtereien, Transportunternehmen oder auch Freizeitunternehmen, durchführen müssen. Die entsprechenden Mittel müssen durch die Landesregierung bereitgestellt werden. Die Landesregierung kann durch ihre Vertretung im Bundesrat initiativ für Gesetze zum Tierschutz werden. Neben einer veränderten Tierhaltung gehört dazu auch eine Kennzeichnung von tierischen Produkten, die über die Tierhaltung und Tierverarbeitung inklusive Transport informiert.

**2. Die Produktion tierischer Produkte verursacht etwa 28% der globalen Treibhausgasemissionen. Wissenschaftler fordern deswegen den Abbau der Tierbestände. Was plant DIE LINKE, um die Tierzahlen zu reduzieren?**

Wichtigster Schritt zur Reduzierung der Tierzahlen ist die Ausweitung der ökologischen Landwirtschaft. Hierzu sind viele Schritte notwendig, angefangen bei der EU, die ihre Zuwendungen umsteuern muss und nicht mehr Flächenprämien als größten Posten in der Finanzhilfe für die Landwirtschaft hat, sondern Leistungen der Betriebe für den Umweltschutz finanziert. Wir fordern, dass die Landesregierung sich in der Koordinierungsrunde der Regionen auf EU-Ebene entsprechend einsetzt.

Auch in der Landespolitik muss die ökologische Landwirtschaft zum Schwerpunkt werden. Aber auch konventionelle Landwirte, die auf eine weniger intensive Landwirtschaft setzen und z.B. von der reinen Stallhaltung wieder zur Weidewirtschaft zurückkehren, brauchen Unterstützung. Es muss gelten, dass öffentliches Geld für Leistungen im Interesse des Gemeinwohls gezahlt wird.

**3. Um die Klimaziele zu erreichen, fordert u.a. der Weltklimarat eine Reduktion des Fleischkonsums. Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um den Konsum tierischer Produkte zu reduzieren (z.B. Klima-Abgabe oder Mehrwertsteuererhöhung)?**

Auch hier sind der Landespolitik enge Grenzen gesetzt, da alle Maßnahmen im Rahmen der bestehenden Bundesgesetzgebung stattfinden. Auf Landesebene sind leider nur indirekte Maßnahmen möglich wie die Verpflichtung von öffentlichen Einrichtungen, in ihren Kantinen vegetarische Angebote zu machen. Dies muss insbesondere in Schulen und Kitas gelten, denn die Essgewohnheiten, die wir im Kindesalter entwickeln sind richtungsweisend für das gesamte Leben.

**4. Mit dem Anbau von Eiweißpflanzen können dreimal so viel Nahrungsmittel erzeugt werden wie auf fleischlicher Basis. Deswegen sollte der Konsum einer tier- und klimafreundlichen pflanzenbasierten Ernährung mittels einer Ernährungsstrategie gesteigert werden. Welche Maßnahmen plant Ihre Partei?**

Wie bereits gesagt, müssen bereits in Kinder- und Jugendeinrichtungen, insbesondere in Kitas und Schulen, vegetarische Mahlzeiten angeboten werden, um positive Erfahrungen mit einer pflanzlich

basierten Ernährungsweise möglich zu machen.

Ernährungsberatungen und Kochkurse zur Umstellung der Ernährungsweise werden bereits von Volkshochschulen und anderen Trägern angeboten, die Politik sollte diese Initiativen auf kommunaler und Landesebene unterstützen.

**5. Um Klimawandel, Artensterben und Zerstörung der Ökosysteme entgegenzuwirken, müssen die Agrarsubventionen zugunsten von Tier-, Natur- und Klimaschutz umgeschichtet und ein Ausbau des ökologischen Landbaus verfolgt werden. Welche Maßnahmen und Ziele plant Ihre Partei?**

Auf EU-Ebene setzen wir uns für die Veränderung der Landwirtschaftspolitik ein, die bisher v.a. die großflächige, industrielle Landwirtschaft durch Flächenprämien unterstützt. Hier ist ein deutlicher Umschwung hin zur Förderung der ökologischen Landwirtschaft notwendig.

Notwendig ist auch eine Preissenkung für ökologisch erzeugte landwirtschaftliche Produkte, etwa durch ein Umlagesystem, das Produkte mit einem hohen CO<sub>2</sub>-Ausstausch wie die Massentierhaltung mit Abgaben belegt, die in die ökologische Landwirtschaft fließen.

**6. Immer mehr Landwirte wollen aus der Tierhaltung austeigen und suchen nach neuen Einkommensquellen. Welche Maßnahmen plant Ihre Partei zur Unterstützung (Umstiegs- und Anbauförderungen, Beratungs- und Weiterbildungsangebote, Studium und Ausbildung, Forschungsförderung für tierlose Anbausysteme)?**

Das Landwirtschafts- und Umweltministerium Schleswig-Holstein sollte in der nächsten Legislaturperiode eine Förderungsstrategie für den Umstieg von Höfen auf ökologische, möglichst tierfreie Produktionsweisen vorlegen, das sowohl Beratungs- und Bildungskonzepte beinhaltet wie die finanzielle Unterstützung. Dies könnte im Rahmen der im Landesklimaschutzgesetz geplanten Zielstellung der Klimaneutralität für Schleswig-Holstein im Jahr 2045 erfolgen. DIE LINKE vertritt zudem die Ansicht, dass Klimaneutralität bereits 2035 erreicht sein muss, wenn wir als Bundesland einen Beitrag zum Klimaschutzabkommen von Paris leisten wollen.

**7. Die Bundesregierung plant eine Reduktionsstrategie für Tierversuche. 2021 forderten 97% der EU-Abgeordneten die EU-Kommission auf, einen Ausstiegsplan aus dem Tierversuch zu erarbeiten. Welche Maßnahmen und Ziele plant DIE LINKE, um Tierversuche zu reduzieren bzw. den Ausstieg einzuleiten?**

In der EU und auf Bundesebene müssen klare Ziele formuliert werden, die die Industrie zwingen, auf Tierversuche zu verzichten. Nur so gibt es eine Chance, dieses Ziel zu erreichen. Unsere Fraktionen im EU-Parlament und im Bundestag unterstützen entsprechende Gesetzesvorhaben.

**8. Das überarbeitete Tierversuchsrecht wird der EU-Richtlinie nicht gerecht (kein umfassendes Prüfrecht der Genehmigungsbehörde, keine Belastungsobergrenze, etc.). Plant Ihre Partei sich auf Bundesebene für eine Überarbeitung von Tierschutzgesetz und Tierschutz-Versuchstierverordnung einzusetzen?**

Ein wichtiger Schritt, um Tierwohl durchzusetzen, ist das Verbandsklagerecht für Tierschutzverbände, das auch in Schleswig-Holstein seit 2014 besteht. Mit diesem Recht kann auch von außerparlamentarischen Kräften mehr Druck in der Diskussion um den Tierschutz entstehen und wir werden jede diesbezügliche Initiative auf Landesebene unterstützen, etwa durch Öffentlichkeitsarbeit.

Auf Bundesebene setzen wir uns für ein neues Tierrecht ein, das dem Staatsziel Tierwohl entspricht.